

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	45. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	12. Dezember 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 16 der Tagesordnung: Zukünftige Rechts-/Betriebsform des Amtes für Abfallwirtschaft
Vorlage: 2017/0700

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss auf Basis der Ausführungen der Beschlussvorlage den Grundsatzbeschluss,

- das Amt für Abfallwirtschaft zum 01.01.2020 in einen Eigenbetrieb umzuwandeln.
- Die Stadtverwaltung wird ermächtigt,
 - eine entsprechende Betriebssatzung zu entwickeln und diese dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen,
 - unverzüglich mit den weiteren notwendigen vorbereitenden Arbeiten zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ein so großes Amt wie das Amt für Abfallwirtschaft braucht einen maßgeschneiderten Rechtsmantel. Drei Varianten stehen zur Wahl: GmbH, Eigenbetrieb oder die selbständige Kommunalanstalt.

Wodurch unterscheiden sie sich? Der Mantel GmbH wird sofort beiseite gelegt. Diese Rechtsform wird als eine Form der Privatisierung verstanden, der man unterstellt, dass sie sich dem Einfluss und den Steuerungsmöglichkeiten durch Stadt und Gemeinderat in einem Maße entziehen würde, was nicht gewünscht wird. Also wird diese Rechtsform

in weiteren Überlegungen gar nicht erst einbezogen. Bleiben also Eigenbetrieb und Anstalt. Im Gegensatz zum Eigenbetrieb ist die Anstalt eine selbständige Rechtsperson, eine juristische Person des öffentlichen Rechts, während der Eigenbetrieb rechtlich weiterhin als Teil der Gemeinde gilt. Er hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Das hat Auswirkungen bei der Haftung. Die Kommune haftet für die Schulden und Verbindlichkeiten des Eigenbetriebs. Bei der Kommunalanstalt besteht keine direkte Haftung der Kommune gegenüber Dritten für Verbindlichkeiten der Anstalt.

Wir als Gemeinderat entscheiden über die Anstaltssatzung und über die Kompetenzen der Organe, Vorstand und Verwaltungsrat, haben also nach wie vor entsprechenden Einfluss auf die Gestaltung. Die Intention des Landesgesetzgebers, der dieses Konstrukt Anstalt erst 2015 geschaffen hat, war, mit der Anstalt eine Rechtsform bereitzustellen, die als juristische Person des öffentlichen Rechts nicht anders gesteuert wird als die kommunalen Gebietskörperschaften selbst. Das ist mir deswegen wichtig darzulegen, weil im Gegensatz dazu der wesentliche Punkt auch hier in der Vorlage, der das Pendel in Richtung Eigenbetrieb schwingen lässt, die Umsatzsteuer ist, also Steuerfragen. Ich sehe diese Belastungen nicht in diesem Umfang, da die Umsatzsteuer von der EU einer grundsätzlichen Reform unterzogen wird und auch angekündigt wurde, die Einführung des Paragraph 2 b Umsatzsteuergesetz also sicherlich nicht die endgültige Lösung ist. In der Vorlage werden aber aus heutiger Sicht Mehrbelastungen an Umsatzsteuer für die Anstalt von mehr als 500.000 Euro errechnet, weil argumentiert wird, die umsatzsteuerlichen Fragen seien noch nicht einer voll umfänglichen rechtlichen Klärung zugeführt. Wer von uns will sich einem solchen Risiko aussetzen? Es ist fast ein Todschlachargument gegen die selbständige Kommunalanstalt.

Die bereits heute gegen die umsatzsteuerliche Bevorzugung der öffentlichen Hand von den konkurrierenden Privatunternehmen vor Gerichten geführten Klagen, sollten als Risiko aber auch nicht unterschätzt werden für den Eigenbetrieb. Sie werden in der Vorlage zwar nicht thematisiert, aber in der Beziehung ist vor Gericht doch häufig die Frage, wenn Private etwas anbieten und die öffentliche Hand, dass diese gleich zu behandeln sind.

Die CDU-Fraktion sieht die Rechtsform der selbständigen Kommunalanstalt als den richtigen Mantel für das AfA an. Sie schließt sich aber der Meinung an, solange die Frage der Umsatzsteuermehrbelastung nicht geklärt ist, das AfA als Eigenbetrieb zu führen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die Vorlage und die Frage nach der zukünftigen Rechts und Betriebsform des Amtes für Abfallwirtschaft ist kein Schnellschuss, sondern das Ergebnis eines ein- bis zweijährigen intensiven Bewertungs- und Analyseprozesses. Ein Ergebnis ist auch nicht von der Person an der Spitze des Amtes abhängig. Von daher kann ich nur davor warnen, die notwendige Fachdebatte mit einer, wenn es auch verlockend ist, Personaldebatte zu verbinden.

Der Prozess hat gezeigt, dass die Zukunft des AfA nicht in seiner bisherigen Amtsform liegt, aber auch nicht in einer Privatisierung, wie es sich vielleicht Einzelne hier im Haus wünschen würden. Es geht heute auch um die Frage, wie kommunale Daseinsvorsorge in unserer Stadt zukünftig aussehen soll und was sie uns wert ist. Die Prüfmatrix zeigt, dass die beiden aufgezeigten Alternativen der Betriebsform als Eigenbetrieb bzw. als

kommunale Anstalt gegenüber der bisherigen Amtsform deutliche Vorteile hat, aber auch, dass insbesondere die Anstalt des öffentlichen Rechts gegenüber dem Eigenbetrieb deutliche Nachteile hat, worauf ich jetzt im Einzelnen eingehen möchte.

Für beide Betriebsformen gilt:

- eine größerer Gestaltungsrahmen für Betriebsleitung hinsichtlich der Entscheidungskompetenz im Bereich des operativen Geschäfts, des Personals und des Budgets, aber auch ein Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten für uns als Gemeinderat über die Satzungsgestaltung,
- eine Steigerung der Effizienz durch ein Weniger an Schnittstellen,
- ein Mehr an Verantwortlichkeit und schnellere Entscheidungswege mit dem Ziel, mehr Service für die Bürgerinnen und Bürger, für die Gebührenzahlerinnen und -zahler,
- ein Mehr an Wettbewerbsfähigkeit durch eine flexible und wirtschaftliche Betriebsführung,
- ein Mehr an finanzwirtschaftlicher Transparenz und wirtschaftlicher Flexibilität durch einen eigenen Wirtschaftsplan, der vom städtischen Gesamthaushalt losgelöst ist,
- mehr Möglichkeit der Nutzung von Synergien und eine höhere personalwirtschaftliche Flexibilität durch einen eigenen Personal- und Stellenplan.

Vorteil des Eigenbetriebs gegenüber der Anstalt des öffentlichen Rechts ist aus unserer Sicht, dass der Eigenbetrieb trotz aller Veränderungen gegenüber der Anstalt des öffentlichen Rechts zu einem Mehr an Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AfAs führen wird, da mit ihm ein Weniger an Veränderung der Rahmenbedingungen verbunden ist, nicht die Notwendigkeit einer Personalüberleitung besteht und der Erhalt der Tarifbindung sowie der Mitsprache der Arbeitnehmervertretung erhalten bleibt.

Ein weiterer Nachteil, das wurde von Kollege Dr. Heilgeist ausgeführt, ist die Frage der bislang ungeklärten Umsatzsteuerpflichtigkeit.

Als Fazit aus Sicht meiner Fraktion bietet die Umwandlung des AfAs von seiner Amtsstruktur in einen kommunalen Eigenbetrieb ein deutliches Mehr durch die genannten Vorteile hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Flexibilität, Effizienz sowie für die Bürgerinnen und Bürger als Gebührenzahler, aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für uns als Gesamtkommune. Das wichtigste dabei ist, dass die Abfallentsorgung weiterhin ein unverrückbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge bleibt und bleiben muss, wie die Stadtwerke mit ihren Netzen, der ÖPNV und das Städtische Klinikum auch.

Abschließend möchte ich all denjenigen danken, die dazu beigetragen haben, eine neue und zukunftsfähige Perspektive für das AfA zu erarbeiten, d. h. bei Herrn Klinkhammer und Herrn Rapp im Rahmen des Interimsmanagements, bei der Personalvertretung und letztendlich auch bei Herrn Janssen als Amtsleiter, dessen Weggang wir zutiefst bedauern. Die angestrebte Neustrukturierung wird unabhängig von der Betriebsform kein Selbstläufer werden, um die bestehenden strukturellen Probleme des AfAs zu lösen und es in eine goldene Zukunft zu führen. Vielmehr bedarf es hier weiterer Anstrengungen, insbesondere von Seiten des zuständigen Dezernenten, um die Chance zu nutzen, die der aufgezeigte Weg bietet. Es geht jetzt darum, nach der heutigen Grundsatzentscheidung die weiteren notwendigen strukturellen und personellen Entscheidungen zu treffen. Wir als Fraktion stimmen der Vorlage zu.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion war von Anfang an für den Eigenbetrieb, weil sich damit die Arbeitsabläufe eines Wirtschaftsbetriebs, der das AfA zweifellos ist, besser durchführen lassen. So werden schnellere Entscheidungen im Betrieb ermöglicht, und gleichzeitig bleibt die Kontrolle durch den Gemeinderat erhalten. Auch die Arbeitnehmervertretung hat dem zugestimmt.

Dann kam die Diskussion auf, ob eine Anstalt öffentlichen Rechts nicht besser wäre. Aus unserer Sicht ist die Gefahr der Besteuerung ungeklärt. Da gibt es verschiedene Aussagen. Da müssen wir abwarten, wie es sich entwickeln wird. Aber auch der Gründungsaufwand ist bei einem Eigenbetrieb deutlich weniger als bei der Anstalt des öffentlichen Rechts. Zudem glauben wir, damit am ehesten den Interessen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die letztendlich die Gebühren bezahlen muss. Das ist auch das, womit die Gebühren am ehesten niedrig gehalten werden können.

Dann hat der AfA-Chef seinen Weggang angekündigt. Erstens danke ich Ihnen, Herr Janssen, im Namen der GRÜNE-Fraktion für die Arbeit. In der kurzen Zeit, die Sie da waren, haben Sie trotzdem wertvolle Arbeit geleistet. Zweitens, dieser Wechsel beim Personal ist unabhängig davon zu sehen, ob wir jetzt die Rechtsform wechseln. Es ist eher sogar wichtiger geworden, damit wir dem Nachfolger sagen können, in welche Rechtsform er sich bewirbt. Als nächstes geht es darum, die Betriebssatzung auszuarbeiten. Da wird es eher sogar noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben, mehr Möglichkeiten, in die eine oder andere Richtung zu gehen, als es durch die heutige Entscheidung für die Rechtsform der Fall ist.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch wir von der KULT-Fraktion haben schon zu Beginn den Eigenbetrieb für die beste Organisationsform für das AfA gehalten. Wir freuen uns, dass jetzt die Vorlage unsere damalige Ansicht bestätigt. Es war ein sehr ausführlicher Prozess innerhalb der Stadtverwaltung, den wir in den letzten Monaten und Jahren hatten und der letztendlich zu dieser Vorlage geführt hat. Ich will jetzt nicht die ganze Vorlage vortragen. Das wurde teilweise schon gemacht. Wir sehen große Vorteile des Eigenbetriebs im Vergleich zum Amt. Im Vergleich zur Kommunalanstalt, die auch eingebracht wurde, sehen wir bei den steuerlichen Aspekten und den personalrechtlichen Aspekten die Vorteile des Eigenbetriebs. Wir werden die Umstellung in den nächsten Jahren weiter konstruktiv begleiten und werden sie zielstrebig verfolgen.

Wir danken allen Beteiligten für die konstruktive Mitarbeit und auch Herrn Janssen für seine bisherige Arbeit. Nicht so sehr danken wir ihm für seinen Weggang, denn das erzeugt doch ein bisschen den Eindruck, dass in Karlsruhe die Kreislaufwirtschaft vor allem so funktioniert, dass der AfA-Chef immer und immer wieder wechselt. Das ist nicht die beste Form der Kreislaufwirtschaft.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich habe das Gefühl, dass wir nicht im gleichen Film sind. Selbstverständlich ist es wichtig, eine zukünftige Betriebsform für unsere Abfallwirtschaft zu finden. Aber noch wichtiger ist es, sich auf die heutige Wirklichkeit in unserer Abfallwirtschaft zu fokussieren. Selbstverständlich ist es wichtig zu diskutieren, wie unsere Abfallwirtschaft 2020 wird. Aber noch wichtiger ist es zu diskutieren, wie der Zustand in unserer Abfallwirtschaft jetzt ist. Die Debatte über die Betriebsform unserer Abfallwirtschaft in der Krise ist theoretisch und fern. Unsere Abfallwirtschaft ist in einer Krise. Unsere Abfallwirtschaft war viele Jahre in einer Krise. Leider eine Krise, die wir zu höflich beobachtet und zu diskret diskutiert haben. Die Krise in unserer Abfallwirtschaft ist größer und größer geworden. Wir stimmen gern der Beschlussvorlage zu, so dass unsere Abfallwirtschaft ab 2020 in einen Eigenbetrieb umgewandelt wird. Hoffentlich kann diese neue Betriebsform unserer Abfallwirtschaft helfen, sich neu aufzustellen. Aber zukunftsfähig wird das AfA nur, wenn man die Ursachen mit dem Hintergrund der Interimsmanagementanalyse bekämpft. Wir bedauern sehr, dass wir wieder, nach nur sechs Monaten, einen neuen Chef für die Abfallwirtschaft finden müssen. Die Unruhe, die mangelnde Arbeitsfreude, die hohen Krankheitsprozente sind eine tägliche Herausforderung. Eine neue Betriebsform ist leider kein Wundermittel. Wir brauchen dringend einen aktiven Einsatz, sowohl beim AfA als auch beim zuständigen Dezernat, wenn wir eine Verbesserung für die Mitarbeiter und für die Bürger schaffen wollen.

Aber wir sind wirklich nicht im gleichen Film. Wir erleben oft die theoretische Diskussion über zukünftige Betriebsformen, wie ein Violinkonzert auf der Titanic.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Es ist richtig, wir haben Probleme im Amt für Abfallwirtschaft. Nicht erst seit gestern. Diese Probleme sind schon lange da. Das genau ist der Grund, warum wir uns alle einig sind, dass wir jetzt etwas ändern müssen. Wir gehen davon aus, dass es besser ist, aus diesem Amt für Abfallwirtschaft etwas Eigenständiges zu machen. Es ist auch so, dass es bei vielen Städten in Deutschland nur noch vier derartige Ämter gibt, d. h. allgemein in Deutschland geht der Trend genau in die Richtung zur kommunalen Gesellschaft oder zum Eigenbetrieb. So gesehen glauben auch wir von der AfD, dass es hilfreich sein kann, das Amt jetzt umzuformen in eine eigenständige Gesellschaft. Wir hoffen, dass das dann wirklich dazu führt, dass die Probleme dort abnehmen und dass der Betrieb effizient funktioniert. Denn es ist nicht nur für die Mitarbeiter ein Problem, sondern auch für die Kunden, nämlich für uns Bürger in der Stadt. Unser Ziel ist effizienter Betrieb.

Jetzt haben wir auch im Kreisverband darüber diskutiert, was denn die richtige Form wäre, nachdem wir uns einig waren, dass für mehr Effizienz eine eigene Gesellschaft richtig ist. Da kamen dann Argumente gegen den Eigenbetrieb, dass man im Eigenbetrieb Defizite und Schulden besser verstecken könnte. Wir werden auf alle Fälle, da es jetzt zum Eigenbetrieb kommt, auch in Zukunft genau aufpassen, was mit dem Amt für Abfallwirtschaft passiert und wie sich die Defizite entwickeln. Wir hoffen, dass sie in

Zukunft abnehmen werden. Es wird mit ein Gradmesser dafür sein, ob das Amt in seiner zukünftigen Form effizient arbeitet oder nicht.

Bei den Gesellschaften wurde ins Feld geführt, dass nur die Kommunalgesellschaft in der Lage ist, im Gegensatz zum Eigenbetrieb, sich an anderen Firmen zu beteiligen. Da waren wir der Meinung, dass es im Moment in der jetzigen Phase gar nicht schlecht ist, wenn diese Möglichkeit nicht besteht. Wenn also nicht die Möglichkeit besteht, dass man sich an anderen Firmen beteiligt oder dass sich andere Firmen bei uns beteiligen. Denn wir wollen, dass es klare Zuständigkeiten gibt. Wir wollen jetzt nicht anfangen mit irgendwelchen Beteiligungen. Das ist auch ein Punkt für den Eigenbetrieb. Dazu kommen die beiden bereits genannten Punkte bezüglich der Umsatzsteuer. So lange die Regeln so sind, wie sie heute sind, müssen wir natürlich die Variante nehmen, die weniger Umsatzsteuer kostet. Dann ist auch ganz wichtig für uns gewesen – ich habe es am Anfang schon gesagt –, auch für die Mitarbeiter ist es wichtig, dass sie effizient arbeiten. Deswegen ist das, was uns die Mitarbeiter sagen – der Personalrat hat uns alle angeschrieben –, schon wichtig. Wenn auch der Personalrat der Meinung ist, dass der Eigenbetrieb besser geeignet ist, um jetzt nach vorne zu kommen, dann werden wir dem auf keinen Fall widersprechen.

Zusammengenommen gibt es ein klares Votum für den Eigenbetrieb. Wir hoffen, dass es damit bergauf geht im bisherigen Amt für Abfallwirtschaft.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wie Sie alle, sind wir von GfK auch der Meinung, dass ein Eigenbetrieb das richtige ist. Aber der Eigenbetrieb heilt nicht die Probleme, die wir dort haben. Stadtrat Høyem sprach von einem anderen Film. Wir sind nicht in einem anderen Film. Aber die Struktur heilt die Problematik in diesem Amt nicht. Wir müssen sehen, wir hatten zwei Amtsleiter auf relativ zügige Art und Weise verloren. Auf der zweiten Leitungsebene haben wir von vier Stellen drei nicht besetzt. Das muss man sich einmal vorstellen. Wie wird da gearbeitet? Wir haben einen stadtinternen Klimacheck, wo wir wissen, wo wie gedacht oder gefühlt wird voneinander. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass das erkannt wird, dass wir das angehen. Es tut mir Leid, wenn ich meinen Finger in die Wunde legen muss. Aber das heilt so nicht. Das heilt nicht mittels dieser Struktur. Wir müssen schauen, was ist Verursacher und was kann man dagegen tun. Wir müssen genau hinschauen, auch wenn es unangenehm ist. Es geht nicht darum, dass jetzt ganz bestimmte Personen gemeint sind. Es geht nicht darum, dass wir jetzt irgendjemanden herausdeuten. Es ist ein systemisches Problem. Das müssen wir angehen und schauen, an welchen Stellschrauben muss man drehen, damit die Atmosphäre wieder gut wird in diesem Amt, dass die Leute gerne arbeiten, dass auch Leute von außen wieder hören, es ist gut, dort zu arbeiten. Wir haben ein Riesenproblem, überhaupt einen Nachfolger zu finden. Wenn wir einen Interimsmanager finden, sind wir schon froh. Vielleicht wird es wieder Herr Klinkhammer. Aber die ganze Problematik ist, unser Ruf in Karlsruhe ist versaut in diesem Amt. Deshalb müssen wir da wirklich gründlich arbeiten, nicht einfach einen Deckel drüber legen und sagen, wird schon werden. Es wird nicht von selber werden. Wir müssen das angehen, und wir müssen es analysieren. Und wir müssen Maßnahmen ergreifen.

Bürgermeister Stapf: Zunächst einmal herzlichen Dank für die erwartende Zustimmung zum Eigenbetrieb. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Schritt für eine zu-

kunftsfähige, moderne Organisationsform des Amtes für Abfallwirtschaft, das dann irgendwann auch nicht mehr so heißen wird.

Ich möchte an der Stelle über das letzte Jahr reden. Ich würde Sie bitten, das Wort „Krise“ nicht herbeizureden. Das AfA hat sich im letzten Jahr sehr positiv entwickelt. Wir haben heute die Abfallgebührensatzung beschlossen, seit 2011 konstant. Auch dieses Jahr wieder. Der Müll wird ordentlich abgeholt. Ich persönlich habe kaum noch Beschwerden. Das hat wirklich in diesem Jahr kontinuierlich abgenommen. Das ist sicherlich verschieden. Mag sein, dass der eine oder andere vielleicht noch eine Beschwerde bekommt. Ich bekomme auch ab und zu mal eine. Aber es ist deutlich besser geworden. Die Sauberkeit ist wie in allen Städten. Da gibt es immer irgendetwas zu tun. Aber auch hier haben wir keine ausgeprägten Probleme. Der Winterdienst funktioniert. Das Operative des Amtes funktioniert. Es ist auch nicht so, dass es jetzt ein Selbstläufer wäre. Da haben viele Menschen im Amt mitgearbeitet. An der Stelle möchte ich auch Sensibilität dafür erwecken, dass sich Menschen engagieren, sich auf die Zukunftsfähigkeit des Amtes einstellen und auch selbst das Gefühl haben, es geht voran.

Aus diesem Grund glaube ich, gilt es zunächst zu stabilisieren und dann durchaus weiter aufzubauen. Die Prozesse und Feinarbeiten, die noch anstehen, sind deutlich noch nicht erledigt. Aber das Amt ist auf einem guten Weg. Ich würde jetzt nicht mehr von einer Krise sprechen. Auch hat die Stadt durchaus nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern es sind aus verschiedenen Ämtern unterstützende Kräfte ins AfA gewechselt. Da sind auch jetzt noch drei leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort, die das AfA auf diesem Weg nicht nur begleiten, sondern unterstützen. Es ist keine leichte Situation, aber wir sind auch nicht in einer Krise. Auch bei den Stellen, die frei sind, laufen die Prozesse. Wir haben Hoffnung, dass wir im ersten Quartal besetzen können. Es hat immer viele Unwägbarkeiten, aber es ist nicht so, dass man die Dinge unbearbeitet lässt. Es ist mir einfach ein Anliegen, jenen Mitarbeitern, die sich jetzt ein Jahr lang hineingehängt haben, auch diese Anerkennung zukommen zu lassen, und um bei Ihnen um das Vertrauen zu werben, dass das Amt sich weiter positiv entwickeln wird.

Der Vorsitzende: Ich würde Sie auch bitten, sich von der Sprache her etwas zu mäßigen. Ein Amt, über das es keinerlei öffentliche Beschwerden gibt, ist nicht per se versaut. Das geht schon gar nicht. Es mag intern noch Dinge aufzuarbeiten geben. Das ist aber an der Stelle eher gut, dass es nichtöffentlich aufgearbeitet wird. Herr Janssen hat hier im letzten dreiviertel Jahr nach innen und nach außen demonstriert, wenn wir eine fähige Führung haben, dass das dann auch funktionieren kann und sich alle noch etwas mehr anstrengen. Dass es bei so vielen im Moment noch freien Stellen möglich ist, das ganze mit dieser positiven Außenwirkung und ohne Klagen und Beschwerden so zu organisieren, ist eigentlich eher eine positive Rückmeldung wert und nicht unbedingt das Herbeireden der Krise.

Jetzt werden wir über die entsprechende Abstimmung noch einmal klären, in welchem Film wir uns befinden. Wir haben heute auf der Tagesordnung nicht den schlechten Ruf des AfA, sondern wir haben auf der Tagesordnung, dass wir eine Weichenstellung vornehmen. Wir wissen schon aus dem letzten Ausschreibungsverfahren, dass es auch deswegen schwierig ist attraktiv zu sein, weil wir eines der wenigen Ämter haben, das noch als rein städtisches Amt fungiert. Alles andere ist nicht als Schwierigkeit an uns

rückgemeldet worden. Insofern ist der Ruf des Amtes nach außen nach wie vor hervorragend, vor allem von der Arbeit, die dort geleistet wird. Das ist auch gut so. Die anderen Themen werden wir mit dem Nachfolger oder der Nachfolgerin von Herrn Janssen weiterführen müssen. Da stehen die anderen Ämter parat. Da sind wir im Moment auf einem sehr guten Weg.

Jetzt stelle ich damit die Beschlussvorlage zur Abstimmung. – Vielen Dank, ein starker Auftrag.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
21. Dezember 2017